

## Herriot droht mit Militärkontrolle.

Der deutsche Botschafter in Paris, v. Doehring, hatte eine Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot. Letzterer wies an Hand der französischen Antwortnote darauf hin, daß Frankreich die Tür zu weiteren Verhandlungen keineswegs zugeschlagen habe. Mehrere Wendungen ließen deutlich die Absicht der französischen Regierung erkennen, sich über die deutschen Wünsche „an geeigneter Stelle und in geeigneter Form“ mit dem Reich zu unterhalten.

Diese Ausführungen Herriot's stehen in schroffem Gegensatz zu den Worten, die man ihm gelegentlich der vertraulichen Aussprache im Auswärtigen Ausschuss in den Mund legte. Trotzdem hat man keine Veranlassung, an der schroffen Zurückweisung der deutschen Forderungen durch Herriot vor dem Auswärtigen Ausschuss zu zweifeln, zumal auch einige Mütter die Sätze ganz ausdrücklich bestätigten.

In bezug auf die von Herriot erwähnten geheimnisvollen Akten über Deutschlands „Geheimrüstungen“ schreibt eine große französische Zeitung:

Herriot sei im Besitz gewisser Nachrichten über die Herstellung von Kriegsmaterial. Er behalte sich vor, die Akten zu gegebener Stunde den Unterzeichnermächten des Völkervertrages zu unterbreiten und um eine internationale Untersuchung dieser dem Friedensvertrag widersprechenden Vorgänge zu bitten.

Wenn nichts mehr zieht, werden immer aus dem französischen Arsenal diese schon sehr verstaubten Akten über die angeblichen deutschen Geheimrüstungen hervorgeholt. Es ist kaum anzunehmen, daß Herriot bei den Mächten mit seinen „Einhüllungen“ großen Erfolg haben wird.

## Der Reichstag wird gewählt.

6. November Wahltermin.

Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beschloß, dem Reichspräsidenten den 6. November 1932 als Termin der Neuwahlen zum Deutschen Reichstag vorzuschlagen.

Als der Reichsinnenminister von Gahl am Tag der Reichstagsauflösung vor der Presse andeutete, daß die Ausschreibung der Neuwahlen von der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung abhängig gemacht werde, tauchten alsbald Befürchtungen auf, die Reichsregierung könnte Störungen der öffentlichen Ordnung zum Anlaß nehmen, um die Neuwahlen auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Die Gerüchte fanden um so bereitwilliger Aufnahme, als schon vor der Auflösung in der Öffentlichkeit die Behauptung umging, es würden einer Auflösung keine Neuwahlen folgen. Die Reichsregierung ist diesen Gerüchten nachdrücklich entgegengetreten, und hat nach der Auflösung erklärt, sie wolle vor der Entscheidung über den Termin erst abwarten, ob die durch die Auflösung entstandene Verunsicherung irgendwelche Sondermaßnahmen notwendig mache.

Durch die Festsetzung der Neuwahlen innerhalb der vorgeschriebenen Frist von sechzig Tagen hat sie nun gezeigt, daß sie unbedingt auf dem Boden der Verfassung bleiben will. Die Befürchtung, daß sie das nicht tun wolle, war eigentlich schon früher grundlos, denn schon damals, als der Kanzler in Reudel die Auflösungsvollmacht erhielt, war bekannt geworden, daß der Reichspräsident diese Vollmacht nur unter der selbstverständlichen Voraussetzung von Neuwahlen gegeben hatte. Der Reichsregierung blieb also nur die Entscheidung, welchen Sonntag sie innerhalb der Sechzig-Tage-Frist wählen wollte. Sie hätte natürlich auch den Wahlkampf durch eine Frühauflösung der Wahl sehr stark abkürzen können, Gründe dafür wären wohl vorhanden gewesen, sie hat sich aber für den letztmöglichen Termin,

den 6. November, entschlossen. Man darf annehmen, daß die Reichsregierung nicht nur Zeit für eine mögliche parteipolitische Neugruppierung geben will, sondern daß sie auch von der Hoffnung geleitet wird, bis zum 6. November der Öffentlichkeit sichtbare Beweise für die günstige Wirkung ihres Wiederaufbauprogramms zeigen zu können.

Die Reichsregierung steht ja auch diesmal allein im Wahlkampf. Es sind zwar in der Reichshauptstadt und in anderen Städten Klatsche angeschlagen, in denen zur Bildung einer Präsidialpartei aufgefordert wird, einer Partei also, die ihren Namen mit dem Präsidialkabinett in Verbindung bringt und die auch die Parole aus Papens letzter Rundfunkrede aufgenommen hat: Mit Hindenburg für Deutschland. Aber die Reichsregierung läßt ausdrücklich erklären, daß sie mit dieser Neugründung gar nichts zu tun habe, und daß ihr nicht einmal die Unterzeichner des Aufrufs bekannt seien. Die Reichsregierung wird also alles daran setzen, durch Taten zu beweisen, daß ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm gute Wirkungen erzielt, und daß ein Sturz der Regierung von Papen durch einen neuen Reichstag die Aufbauarbeit unterbrechen würde.

Der Wahlkampf der Parteien wird diesmal nur langsam in Gang kommen, denn jeder Wahlkampf kostet bekanntlich

### Geld und wieder Geld,

und da wir in Preußen den fünften, in verschiedenen anderen Ländern sogar den sechsten und siebenten Wahlkampf in diesem Jahre haben, so kann man sich vorstellen, daß die Schatzmeister der Parteien nicht gerade über Geldüberschuß zu klagen haben. Parteibeiträge werden heute spärlicher als je eingehen, und mit den freiwilligen Spenden zur Finanzierung eines Kampfes wird es diesmal auch einen Haken haben. Die Schatzmeister der Parteien werden sich verzweifelt fragen, wo sie die Gelder für den neuen Feldzug hernehmen sollen, wo noch nicht einmal die Schulden aus den letzten Wahlen abgedeckt sind. Aber nicht geringer als die Geldsorgen wird für manche Partei die Sorge um die Frage nach der

### richtigen Frontstellung

sein. Denn seit dem 31. Juli hat sich trotz der Kürze der Zeit mancherlei ereignet, so daß es für manche Partei unmöglich geworden ist, einfach die Kampfstellungen der letzten Wahl wieder zu beziehen. Man darf z. B. nur daran denken, daß der letzte Wahlkampf ganz unter dem Eindruck des scharfen Kampfes zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten gestanden hat, und daß beide Parteien nach dem 31. Juli gemeinsam darüber beraten haben, wie sie im Reichstag zusammengehen könnten.

## Der neue Bankenplan.

In dem Bestreben, der deutschen Wirtschaft neue Kreditmöglichkeiten zu erschließen, sind zwischen den deutschen führenden Bankinstituten unter Führung der Reichsbank Verhandlungen aufgenommen worden, aus denen sich bisher folgender grundlegender Plan herauskristallisiert hat. Es soll ein „Industriefinanzierungsinstitut“ (IFI) gegründet werden, in das die festgefrorenen, in ihrer Sicherheit aber einwandfreien Debitoren der Banken eingebracht werden sollen. Für den Gegenwert der eingebrachten Forderungen, mit denen die Banken auf Kontokorrentkonto erkannt werden, sollen Eigenaktien ausgestellt werden, die unter Einhaltung der Akzeptbank jederzeit bei der Reichsbank reditkontierbar sind. Das Industriefinanzierungsinstitut wird voraussichtlich mit einem Aktienkapital von 30 Millionen Mark ausgestattet werden, das von den Banken, die von dieser Einrichtung Gebrauch machen wollen, gezeichnet werden soll. Voraussichtlich wird das Aktienkapital zunächst mit nur 25 Prozent eingezahlt. Der Debitorenbeitrag, den die Banken auf das Institut übertragen können, wird in ein bestimmtes Verhältnis zu dem von der einzelnen Bank übernommenen Betrag an IFI-Aktien gebracht und etwa das Fünffache dieses Betrages ausmachen.

Durch diese Maßnahme soll es den Banken ermöglicht werden, sich den an sie infolge der zu erwartenden Produktionsbelegung herantretenden Kreditanforderungen nicht aus Mangel an liquiden Mitteln zu verschließen. Die bisher die Banken belastenden eingefrorenen Forderungen werden dadurch flüssig gemacht und der Wirtschaft als neues Arbeitskapital zugeführt.

Neben der IFI soll ein zweites Institut, die „Amortisationskasse“, gegründet werden, die im wesentlichen die gleichen Ziele wie das erstgenannte verfolgt, jedoch mit dem Unterschied, daß es eine Auffangorganisation für die sanierungsreifen Debitoren darstellen soll. Auch hier soll den Banken der Gegenwert der eingebrachten Forderungen gutgeschrieben werden; für die aus der Forderung nicht eingehenden Beträge werden die einbringenden Banken auf einem Sonderkonto belastet. Die auf diese Weise entstehenden Debitsalden sollen, sofern die Amortisationskasse Eigengewinne erzielt, hieraus getilgt oder von den einbringenden Banken allmählich abgedeckt werden. Dadurch wird erzielt, daß die Abschreibungsverluste auf mehrere Jahre verteilt werden, was sowohl für die Banken wie auch für deren Debitoren von Vorteil ist, da durch diesen Zeitgewinn eine Vereinigung der finanziellen Situation der beiden Partner ermöglicht wird.

## Gewerkschaften und staatliche Sozialpolitik

Der Reichsarbeitsminister bei den Christlichen Gewerkschaften. Auf dem 13. Kongress der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands in Düsseldorf hielt Reichsarbeitsminister Schäffer eine längere Rede, in der er u. a. folgendes ausführte:

Ich weiß, daß die Gewerkschaften ihre Bedeutung nicht nur als Vertretung von Standes- und Berufsinteressen haben, sondern darüber hinaus in unserer Volkswirtschaft nicht mehr zu entbehren sind. Wer von den Gewerkschaften die Abrüstung verlangt, müßte gleichzeitig mit dem Abbau der Kartelle und der Auflösung der Unternehmerverbände beginnen. Der Staat von heute muß auf eine Zusammenarbeit mit den Berufsvertretungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer größten Wert legen. Die Reichsregierung wird daher auch mehr als bisher an den Willen zur staats- und volkspolitischen Verantwortung und zur Selbsthilfe der Organisationen appellieren. Er wird allerdings nicht darauf verzichten, staatliche Macht einzusetzen, wenn es das allgemeine Wohl erfordert.

Auf dem Gebiet obliegt der Reichsregierung gegenwärtig als dringendste und schwerste Aufgabe der Abbau der Arbeitslosigkeit und

### die Vermehrung der Arbeitsgelegenheit.

Das ist erstes Ziel des Wirtschaftsplanes der Reichsregierung. Sie hat zunächst einen Betriebsstock von 135 Millionen Mark für öffentliche Arbeiten gebildet. Bei den hierbei zur Ausführung gelangenden Rohlandsarbeiten wurden bisher 65 000 Arbeiter beschäftigt. Daran anschließend erweiterte das Reich seine Kredithilfe für Gewinnung von zusätzlicher Arbeit. Im Juni hat das Reich den freiwilligen Arbeitsdienst erweitert. Binnen kurzem werden hier 200 000 junge Deutsche Arbeit finden und gleichzeitig staatsbürgerlich erzogen und geistig geschult werden. Ebenso hat die Reichsregierung zur Belebung des Baumarktes erhebliche Mittel bereitgestellt. Auch der Steuernachschuß in der Form der Steuergutscheine stammt aus einem sozialen Motiv. Werden alle Möglichkeiten des neuen Planes ausgeschöpft, dann kann ein Arbeitszuwachs gewonnen werden, der etwa viermal größer ist als der ursprüngliche Umfang der Rohlandsarbeiten.

### Die Bedenken

der Christlichen Gewerkschaften bei der Vorbereitung der Ausführungsbestimmungen zur Notverordnung sind durch die Ausführungsverordnung in der Hauptsache wohl beseitigt. Die Reichsregierung wird ihr besonderes Augenmerk darauf richten, daß bei der Durchführung die Möglichkeit des Mißbrauches auf das geringste Maß beschränkt wird.

Wo die wirtschaftlichen und sozialen Wider so rasch wechseln, können die Formen und Grenzen der Sozialpolitik nicht starr bleiben. Bei anerkannten Vorzügen hat z. B.

### die Sozialversicherung

auch unbestrittene Nachteile, z. B. den der Zerspaltung und zu großer Mannigfaltigkeit. Dabei nehme ich die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung nicht aus. Könnte sich nicht gerade aus den jetzigen Verhältnissen, namentlich auch aus der Durchführung der neuen Verordnungen, die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaues des Schlichtungswesens ergeben? An diese und ähnliche Dinge denkt die Ermächtigungsvorordnung über sozialpolitische Maßnahmen.

Die Verordnung denkt nicht an die Aufhebung des Versicherungsgutes und des Arbeitsschutzes, sie denkt nicht an die Zersetzung der begrifflichen Merkmale des Tarifvertrages. Allein die Erhaltung und Pflege der sozialen Erziehungsinstitutionen und Einrichtungen bildet das Leitmotiv für die so stark kritisierte Verordnung.

Die stillen und offenen Geister der staatlichen Sozial-

politik sollten nicht vergessen, daß die Kultur eines Volkes nicht nach dem Lebensstande der oberen Volksschichten beurteilt, sondern nach den Daseinsbedingungen der zahlenmäßig überwiegenden Masse. Gerade aus diesem Grundgedanken heraus hält die Verordnung freilich auch eines für notwendig: nämlich sich dem Zwang zur Vereinfachung und Sparsamkeit in der gesamten sozialen Verwaltung zu unterwerfen. Vor der weiteren Ausführung der Ermächtigungsvorordnung werden die Beteiligten, insbesondere die Gewerkschaften, gehört werden; auf ihre Mitwirkung wird besonderer Wert gelegt.

## Keine Reichsprovinzen in Preußen.

In den letzten Tagen haben Veröffentlichungen in bayerischen Blättern Aufsehen erregt, in denen über die angeblichen Pläne der Reichsregierung bezüglich der Reichsreform gesprochen wurde. Danach wäre geplant, Preußen in Reichsprovinzen aufzuteilen, die eine starke Selbständigkeit haben sollen, jedoch nicht die gleiche Selbständigkeit wie Bayern, Baden, Württemberg und Sachsen. Die Reichsregierung hat sich jetzt sehr nachdrücklich gegen diese Meldungen gewendet und hat festgestellt lassen, daß die ihr zugeschriebenen Pläne ganz wesentlich von den tatsächlichen Absichten abweichen. Vor allem betont die Reichsregierung, daß eine Zerschlagung Preußens und eine Umgestaltung preussischer Gebiete zu Reichsprovinzen für sie

gar nicht in Frage steht.

Die geplante Reichsreform soll nach Absicht der Regierung von Papen an dem föderativen Charakter des Reiches nichts ändern.

## Die Wahlen in Schweden.

Stockholm, 18. September. Die jenseits vorliegenden Wahlergebnisse der Stadt Stockholm ergeben einen unerwarteten starken Zuwachs der Sozialdemokraten, die von 83 000 auf 111 000 Stimmen gestiegen sind. Die beiden kommunistischen Parteien sind zusammen von 27 000 auf 34 000 Stimmen gekommen. Alle bürgerlichen Parteien sind zurückgegangen; am stärksten die bürgerliche Linke. Die Nationalsozialisten brachten nur 1900 Stimmen auf. Im neuen Reichstag wird Stockholm durch sechs Konservative, einen Liberalen, zehn Sozialdemokraten und zwei Altbom-Kommunisten vertreten sein, während die Moskautreuen Kommunisten keine Vertretung haben. Die Stockholmer Sozialdemokraten haben drei Mandate erobert, eins von den Freisinnigen, eins von den Konservativen und ein neues.

## Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 19. September 1932.

Werkblatt für den 20. September.

Sonnenaufgang	5 <sup>57</sup>	Mondaufgang	19 <sup>00</sup>
Sonnenuntergang	18 <sup>04</sup>	Monduntergang	12 <sup>00</sup>

1870: Einnahme Rom's durch die italienische Armee. — 1898: Dichter Theodor Fontane gest.

### Altweiber Sommer.

Wenige Tage vor dem Herbstbeginn, für den der Kalendermann den 23. September in Aussicht genommen hat, hat sich fast im ganzen Reich ein wunderbares Wetter mit sommerlicher Temperatur eingestellt. Es ist der richtige Altweiber Sommer, in dem wir leben, und es ist nur zu wünschen, daß er längere Zeit dauern möge.

Warum aber nennt man diese heiteren Nachsommer-tage Altweiber Sommer? Es hat seine guten Gründe, und das merkwürdige Wort stellt durchaus keine Kränkung netter alter Damen dar. Es deutet vielmehr auf die späte Liebe älterer Frauen, denen es noch einmal sommerlich ums Herz wird, hin. Die Schweizer nennen den Altweiber Sommer „Witwen Sommer“, ohne in Erwägung zu ziehen, daß es auch junge Witwen gibt, und die Bayern sagen „Ansummer“, was schon ein bißchen despektierlicher klingt, denn ein „Ani“ oder „Anni“ ist einfach eine Großmama. Da ist man anderswo mit dem Altweiber Sommer denn doch galanter; man nennt ihn nämlich hier und da schlicht und schön „Mädchen Sommer“. Das aber hat wieder mit „Mädchen“ nicht allzuviel zu schaffen: die das Wort „Mädchen Sommer“ gebildet haben, haben sich ein wenig verhört, denn das in Frage kommende ursprüngliche Wort lautete „Metten Sommer“, und „Metten“ sind nicht Mädchen schlechthin, sondern die Metten oder Kornen, die Schicksalsgöttinnen, die das Garn gesponnen haben.

Na, was für Garn denn? Jetzt erst kommen wir auf des Pudels Kern sozusagen. Der Altweiber Sommer ist nämlich, wie viele wägen dürften, nach Art und Wesen, ein feines weißes Gewebe, das in den Herbsttagen im übrigen aber auch manchmal im Frühling, in der Luft herumfliegt und daher auch „fliegender Sommer“ oder „Flug Sommer“ genannt wird. Es ist das fadenförmige Gewebe kleiner, junger Felspinnen, und wer es sieht, sagt: „Der Sommer fliegt fort!“ Der Volksglaube aber will an die Spinnen nicht glauben, sondern hält die Fäden für ein Gespinnst von Eisen, Zwerger oder Nornen. In Frankreich führt man den „fliegenden Sommer“ auf Maria, die Gottesmutter, zurück und nennt ihn daher auch „Mariengarn“ oder „Frauen Sommer“. Da die Spinnen nur bei gutem Wetter spinnen, so steht die Erscheinung in der Tat im Zusammenhang mit schönen Herbsttagen. Die Fäden werden vom Winde losgerissen und weggeführt, aber auch von den Spinnen für eine Fahrt durch die Luft erzeugt; von seinen Fäden getragen, überläßt sich das Tierchen der Luftströmung. Klettert die Spinne an dem Faden hinauf und wickelt ihn dabei zu einem Flockchen zusammen, so senkt sich dieser langsam zu Boden und fällt uns auf den Hut oder auf den Rock. Dann bringen wir den Altweiber Sommer als letztes Zeichen der schönen Herbsttage mit nach Hause.

Das Kirchweihfest wurde gestern und heute in unserer Gemeinde gefeiert. Das Wetter war gut, mahnte aber doch schon stark an den Herbst. Postauto und Eisenbahn hatten Hochbetrieb, besonders die Züge um 11 und 1/3 Uhr brachten viele Menschen. Fast in jedes Haus lehrten liebe Gäste ein. Die Kirme ist eben ein Tag, der mindestens gleich nach den drei hohen Festen kommt. Die Gottesdienste an beiden Festtagen waren sehr gut besucht, und mit besonderem Interesse lauschte man heute vormittag der Kirchenmusik, dem gemischten Chor und Terzett aus dem Oratorium „Die Schöpfung“ von Josef Haydn, die unter der sicheren